SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Buchbesprechung: Rupert Pichler, Michael Stampfer, Reinhold Hofer: Forschung, Geld und Politik

König, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
König, T. (2008). Buchbesprechung: Rupert Pichler, Michael Stampfer, Reinhold Hofer: Forschung, Geld und Politik. [Rezension des Buches *Forschung, Geld und Politik: die staatliche Forschungsförderung in Österreich 1945-2005*, von R. Pichler, M. Stampfer, & R. Hofer]. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, *37*(3), 379-380. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281759

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Buchbesprechungen

Rupert Pichler/Michael Stampfer/Reinhold Hofer
FORSCHUNG, GELD UND POLITIK. Die staatliche Forschungsförderung in Österreich 1945–2005, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, Studienverlag, 398 S., 44,90 EUR.

Scheinbar stehen sich „Forschung" und „Politik" ja unversöhnlich gegenüber. Denn während die eine sich nur möglichst unbeeinflusst und langfristig zu hoher Innovativkraft entwickelt, hat die andere gewissermaßen systemlogisches Interesse daran, sich einzumischen und auf kurzfristige Ergebnisse zu pochen. Nur, wie schon im Titel des hier besprochenen Buches klar gemacht wird, gibt es eben doch eine Gemeinsamkeit, die die beiden Bereiche aneinander bindet, nämlich: das Geld. (Institutionalisierte) Formen der Organisierung und der regulierten Vergabe staatlicher Transferleistungen an die wissenschaftliche Forschung stehen daher auch im Mittelpunkt der Untersuchung von Rupert Pichler, Michael Stampfer und Reinhold Hofer.

Dass etwa die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in Prozentzahlen am Gesamtbudget eines Staatshaushalts gemessen wird, ist eine normative Vorgabe, die in den 1960er Jahren von Seiten der OECD forciert wurde – wie überhaupt diese und andere internationale Organisationen einen beträchtlichen Einfluss auf die Wissenschaftspolitik in Österreich hatten. Eine der Stärken des Buches liegt nun aber darin, dass sie die Frühzeit der Zweiten Republik und die eine oder andere dabei „vergebene Chance" (S. 65) nicht außer Acht lassen. So ist einer der spannendsten Aspekte, dass Forschungspolitik in Österreich lange Zeit eben nicht „zu den staatlichen Kernaufgaben" (S. 11) gezählt wurde. Auch wenn sich – entgegen den Mutmaßungen der bisherigen Fachliteratur – ihre „Entwicklungslinien […] bis auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurückzuführen" sind, so sind trotzdem die Reformjahre nach 1960 als der Ausgangspunkt der „österreichischen Forschungspolitik und -förderung" (S. 363) zu sehen.

Geschichte und Funktionsweise von intermediären Organisationen, die für die Vergabe von Ressourcen für die wissenschaftliche Forschung eingerichtet wurden, gelten zugleich als Gradmesser für die „Autonomie" des wissenschaftlichen Feldes. Je unabhängiger, selbstständiger diese Organisationen sind, so die übliche Annahme, desto eher sind Grundbedingungen für innovative Forschung gewährleistet. Nach 1945 ging diese Entwicklung in Österreich zunächst äußerst schleppend vor sich und beschleunigte sich dann in der Phase der Planungseuphorie, die zugleich einen „Nachholprozess" einleitete und eine „Aufgabe der Sonderwege" verlangte (S. 26). Das Jahr 1967, in dem mit dem „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung" eine solche intermediäre Organisation eingerichtet wurde, stellt daher den „Fluchtpunkt" (S. 9) dar. Entscheidend war auch, dass man nun auf den langfristigen volkswirtschaftlichen Wert, der in der Forschungsförderung steckte, zu setzen begann. Das hat sich bis heute auch nicht wesentlich geändert. Doch die Ausgestaltung, die richtige Gewichtung von Steuerung und Autonomie, stehen im Vordergrund. In dieser Hinsicht ist Österreich „ein ‚normales' europäisches Land geworden" (S. 335).

Spannend ist, wie sich forschungspolitische Akzentsetzung in der Zweiten Republik zu forschungspolitisch motivierter Steuerung und Ressourcendistribution ausgestaltete. Fragen in diesem Zusammenhang lauten: Warum bedurfte es einer so langen Vorlaufzeit; warum ist die Forschungsförderung heute so fragmentiert; was waren mithin also die historisch-kontingenten sowie die strukturellen Bedingungen für die spezifisch österreichische Ausgestaltung? Eindeutig geht das leider auch aus dem vorliegenden Buch nicht hervor. Das liegt nicht zuletzt daran, dass man sich, wie in der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung üblich, an ein theoretisches Konstrukt anlehnt, das die Autoren das historische Spezifikum des österreichischen Falles verkennen lässt. Die Idee eines „Nationalen Innovationssystems" (S. 41) mag – abgesehen davon, dass es in der Fachliteratur durchaus divergente Ansichten dazu gibt – instruktiv sein, wenn es um die theoriegeleitete Analyse aktueller Forschungspolitik geht. Aber für die historische Dimension ist es schlicht falsch, denn, wie bereits erwähnt, dauerte es einige Jahrzehnte, ehe das Politikfeld Wissenschafts- und Forschungspolitik herausgeschält worden war.

An sich wird eine interessante Mischung aus historiographischem und statistisch-szientometrischem Ansatz dargeboten. Allerdings gelingt es nicht, die beiden Bereiche zusammenzubringen. Das ist in methodologischer Hinsicht zwar verständlich – die beiden Ansätze können bezüglich des verwendeten Datenbestandes, ihrer methodischen Verfahren und Logiken sowie ihrer erkenntnistheoretischen Ansprüche und den daraus folgenden unterschiedlichen Verstehensweisen von systematischer Erarbeitung unterschiedlicher nicht sein. Aber dennoch bleibt der Eindruck bestehen, dass in den historischen Teilen nur erzählt, und in den szientometrischen Teilen des Buches entlang des „stark ökonomisch determinierte[n] Fokus als Leitlinie" (S. 18) die Konstruktion des „Nationalen Innovationssystems" vorangetrieben wird.

Das Buch ist daher, wiewohl es sich in gewisser Weise um eine klassische Politikfeldanalyse handelt, nicht im eigentlichen Sinne politikwissenschaftlich, sondern eben historisch (wo es um das Nacherzählen von Entscheidungs-

findungen aus den Quellen geht) bzw. ökonomisch (wo es um die theoretische „Leitlinie" geht). Die Fragen nach epochenspezifischen, wissenschaftspolitischen Präferenzen, nach strategischen Interessen von (institutionellen und individuellen) Akteuren, nach unterschiedlichen Steuerungsprozessen und -verfahren werden zwar an verschiedenen Stellen des Buches, aber nicht systematisch behandelt.

Trotz dieser Kritik ist das Buch von Pichler, Stampfer und Hofer in mehrerlei Hinsicht eine bemerkenswerte Studie geworden. Das liegt zum einen an dem äußerlichen Umstand, dass das Thema bisher kaum zu einem Untersuchungsgegenstand geworden ist. Die Autoren erwecken auch gar nicht den „Anspruch einer lückenlosen Gesamtdarstellung", sondern regen zu weiteren Arbeiten an: „Die historische Dimension der Wechselwirkungen zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft verdient noch viel Aufmerksamkeit" (S. 9). Zum anderen liegt dem Buch die Auswertung von bisher unberücksichtigt gebliebenen Quellenbeständen aus dem Staatsarchiv bzw. der Akademie der Wissenschaften zugrunde. Die erstaunlich detailreichen Ergebnisse dieses Studiums verweisen auf die Notwendigkeit, dass die „historische Dimension" vor allem einer Differenzierung bedarf, wie sie sozialwissenschaftlichen Ansätzen in diesem Bereich oftmals abgeht. Drittens ist das Buch eine interdisziplinäre Gemeinschaftsproduktion, deren Autoren selbst in verschiedenen Anwendungsbereichen des wissenschaftlichen Feldes stehen. Dass es aber keine wie sonst übliche Apologie auf die hiesigen Verhältnisse wurde, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit diesen, das ist – quasi wissenschaftspolitisch – die erfreulichste Tatsache.

Thomas König (Wien)
E-mail: thomas.koenig@univie.ac.at

Erich Fröschl/Helmut Kramer/Eva Kreisky (Hg.)
POLITIKBERATUNG ZWISCHEN AFFIRMATION UND KRITIK
Wien 2007, Braumüller, 259 S., 24,90 EUR.

Lässt sich Politikberatung als ein praxisorientiertes und berufliches (professionelles) Anwendungsfeld der akademischen Disziplin der Politikwissenschaft verstehen? Begrifflich kann Politikberatung sowohl Politik-, PolitikerInnen- und Gesellschaftsberatung implizieren, mit teilweise fließenden Übergängen – aber auch Spannungsfeldern – zwischen diesen Konzepten. Als zentrale Forschungsfrage thematisiert vorliegendes Buch die *Politikberatung* einerseits als „Objekt politikwissenschaftlicher Forschung" sowie andererseits als „Tätigkeitsfeld von PolitologInnen" (S. 4). Darin reflektiert sich, dass über die universitäre Lehrschiene der Politikwissenschaft auch (aber natürlich weit nicht ausschließlich) künftige Generationen von PolitikerInnen und politischen BürgerInnen ausgebildet werden. Seit den 1990er Jahren nimmt in Österreich das Phänomen der Politikberatung zu. Akademische (universitäre wie außeruniversitäre) Formen der Politikberatung werden dabei durch private Formen ergänzt, wie: (1) *Political Campaigning*, mit Einbindung internationaler BeraterInnen; (2) PolitologInnen gründen eigene Politikberatungsunternehmen; (3) es entsteht mehr Bedarf nach Mediencoaching für die Politik; (4) Ministerien erweitern die „BeamtInnenexpertise" durch externe (*out-house*) Kompetenzen. Diese vermehrte Politikberatung entwickelt sich parallel zu neuen Herausforderungen an die Politik im Sinne eines zunehmenden Problemdrucks, kontextualisiert in voranschreitender Medialisierung – in den Worten von *Helmut Kramer*: „[…] d.h. in immer stärkerer Verengung der politischen Gestaltungsräume durch Medialisierung und Auslieferung der Politik an neoliberale Marktzwänge" (S. 254). Dazu wird im Buch formuliert: (1) Demokratiepolitisch bedenklich wäre es, wenn es zu einer Ausblendung von Gesellschaftsberatung bei der Politikberatung käme. (2) Politikberatung darf ferner nicht als „Substitut für sozialwissenschaftlich fundierte Beratung" (S. 1) gesehen werden.

Die zentrale Forschungsfrage der Politikberatung wird im Buch vielfach darauf fokussiert, was sich über Politikberatung aus der Perspektive einer *kritischen Politikwissenschaft* sagen lässt. Dieses Ausgangsparadigma einer kritischen Politikwissenschaft wird über folgende Merkmale bestimmt: (1) Sie ist an „Veränderungen der Wirklichkeit in demokratischer und emanzipatorischer Hinsicht" (S. 2) interessiert; (2) sie verlangt (institutionell gedacht) autonome und unabhängige Bedingungen der Wissensproduktion; (3) und sie fordert eine Einbindung der Öffentlichkeit. Kritische Politikwissenschaft sieht sich durch Politikberatung herausgefordert. Hinzu kommt, dass Politikberatung häufig außerhalb der Politikwissenschaft generiert wird, hier also die Politikwissenschaft über kein Monopol verfügt. Die akademische Basis der Politikberatung verweist auf ein interdisziplinäres Setting.

Ein weiterer analytischer Strang des Buchs setzt sich systematisch damit auseinander, wie sich politikwissenschaftlich produziertes (kreiertes) Wissen in Politikberatung und schließlich Politik umsetzen lässt. Akademisches Wissen der Politikwissenschaft/Sozialwissenschaften wird häufig nicht direkt von politischen AkteurInnen aufgenommen. Hier spielen unterschiedliche Systemlogiken hinein. Das Wissenschaftssystem ist an der Produktion von Wissen zur Erklärung der Welt interessiert. Hingegen für das politische System steht mehr die Produktion „kollektiv verbindlicher Entscheidungen" (S. 2) im Vordergrund. Akademisch produziertes politikwissenschaftliches Wissen muss in die Anwendungslogik von Politik „übersetzt" werden, und das im Kontext begrenzter Zeitressourcen (Zeitengpass) – es ist also nicht immer gewährleistet, dass politikwissenschaftliche Beratung bei den politischen AkteurInnen auch „ankommt" (S. 3). Wissenschaft/Politikwissenschaft kann die Aufgabe übernehmen, neue Probleme und